

Umbau Seetalplatz: Gibts eine Verzögerung?

EMMEN Aus Sorge um das Seetalplatz-Projekt hat es ein Kommissionspräsident eigenmächtig von der Traktandenliste gestrichen. Mit ungewissen Folgen.

So richtig wohl ist Kantonsrat Markus Odermatt (CVP, Ballwil) nicht mehr. Der Präsident der Bau- und Verkehrskommission ist sich bewusst: «Mein Entscheid hat für einigen Unmut gesorgt.» Unmut, aber auch Verunsicherung.

Entscheid fiel ohne Rücksprache

Stein des Anstosses ist das 190-Millionen-Projekt Umgestaltung Seetalplatz in Emmen. Bislang hiess es stets, die Verkehrskommission behandle das heisse Eisen am 13. Januar, sodass es am 30./31. Januar im Kantonsrat besprochen werden kann. Anschliessend hätte am 17. Juni die Volksabstimmung durchgeführt werden sollen. Gemäss Recherchen unserer Zeitung hat nun aber Odermatt in seiner Funktion als Kommissionspräsident das Traktandum kurzerhand und ohne Rücksprache mit den meisten seiner Kommissionskollegen von der Liste gestrichen. Jetzt kann der Kantonsrat erst im März über die Vorlage diskutieren – gleichzeitig mit dem überarbeiteten Budget. Die Volksabstimmung müsse deshalb wohl auf Herbst

verschoben werden, befürchten mehrere von unserer Zeitung angefragte Fachleute. Doch das wäre überhaupt nicht im Sinne von Markus Odermatt: «Die Regierung hat uns versichert, dass es deswegen zu keiner Verspätung kommt.»

Angst vor einem Schiffbruch

Odermatt begründet sein unübliches Verhalten mit seiner Sorge um das «Jahundertprojekt» Umgestaltung Seetalplatz. Das Projekt müsse enorm vorsichtig vorangetrieben werden. «Denn vorab auf der Landschaft gibt es dagegen



«Dieses Vorgehen ist unverständlich.»

MICHAEL TÖNGI, KANTONSRAT

Vorbehalte, weil deswegen einige Strassenbauprojekte im Kanton nach hinten verschoben werden müssen. Zudem werden wir im März anlässlich der Budgetdebatte auch über Sparübungen und Steuererhöhungen sprechen. Da halte ich es für ehrlicher, die beiden

Geschäfte gleichzeitig zu behandeln.» Denn ohne die Zustimmung der Landschaft sei diese wichtige Vorlage nicht zu gewinnen. Und da es zeitlich nicht mehr möglich gewesen sei, die Kommissionsmitglieder zu informieren, habe er in Eigenregie respektive zusammen mit seinem Vize Guido Durrer (FDP, Luzern) entschieden.

Kritik von Kommissionsmitgliedern

Kommissionsmitglied Michael Töngi (Grüne, Kriens) findet dafür klare Worte: «Ich finde es unverständlich, dass die Kommissionsmitglieder nicht mit einbezogen wurden. Der Fahrplan zur Behandlung war seit langem bekannt, und das Projekt wurde mehrmals in der Kommission diskutiert.» Man werde dieses Vorgehen in der Geschäftsleitung des Kantonsrates besprechen müssen.

Weniger verstimmt gibt sich Kommissionsmitglied Marcel Omlin (SVP, Rothenburg): «Grundsätzlich kann der Präsident so einen Entscheid selber fällen. Aber bei einem derart wichtigen Geschäft wärs gut gewesen, wenn wenigstens die Zuständigen der Fraktionen informiert worden wären.» Er selber hätte den Seetalplatz-Kredit zudem lieber früher als später besprochen. Der neue Zeitplan sei nun doch sehr knapp bemessen. «Sollte es zu einer Verschiebung der Volksabstimmung kommen, wäre das aber nicht dramatisch. Gut Ding will Weile haben.» Regierungsrat Robert Küng nimmt Odermatt in Schutz: «Es ist nicht die Aufgabe der Regierung,

Emmen wächst

BAUEN Iw. Die Gegend um den Emmer Seetalplatz boomt. Ein Dutzend riesiger Bauprojekte sind in Planung. Das stösst auf grosses Interesse von Investoren, Architekten und Städteplanern. Rund 80 Personen liessen sich gestern an einer Rundfahrt die Schauplätze zeigen. Organisiert wurde die Fahrt von Luzern Plus.

den Kommissionen zu befehlen, welche Geschäfte sie wann traktandieren müssen.» Da es sich hierbei um eine enorm wichtige Abstimmung handle, könne er den Entscheid Odermatts zudem nachvollziehen. Küng sagt: «Zu einer Verzögerung wird es nach unserer Einschätzung nicht kommen.»

Der Seetalplatz soll ab Herbst bis 2018 komplett umgestaltet werden. Ziel ist weniger Stau, mehr Sicherheit und bessere ÖV- und Gehweg-Verbindungen. Auch der Hochwasserschutz soll massiv verbessert werden. Die Nettokosten belaufen sich auf 129 Millionen Franken. Nach wie vor uneinig ist man sich über die Finanzierung. Aus dem Parlament kam die Forderung nach einer Sonderfinanzierung. Laut Regierung ist dies jedoch nicht möglich.

LUCA WOLF
luca.wolf@luzernerzeitung.ch